

# Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die europäische Bau- und Holzwirtschaft und gewerkschaftliche Gegenstrategien

Hans Baumann, Economist, European Institute for Construction Labour Research, CLR

Die Weltwirtschaft scheint den Tiefpunkt der grössten Rezession seit dem zweiten Weltkrieg überwunden zu haben. Haarscharf und vor allem dank rund 20 Billionen Dollar Staatshilfe ist die Weltwirtschaft um einen völligen Zusammenbruch herumgekommen. Noch ist nicht sicher, ob es sich bei den insbesondere in den USA abzeichnenden positiven Signalen (steigende Produktivitätszahlen und Gewinne) um ein Strohfeuer oder um einen wenn auch verhaltenen Aufschwung handelt. Auch in Europa mehren sich die Zeichen der Besserung. So ist in der Eurozone im letzten Quartal das BIP schon zum zweiten Mal hintereinander um 0.4 Prozent gewachsen, dies vor allem auch dank eines deutlichen Anstiegs in Deutschland.

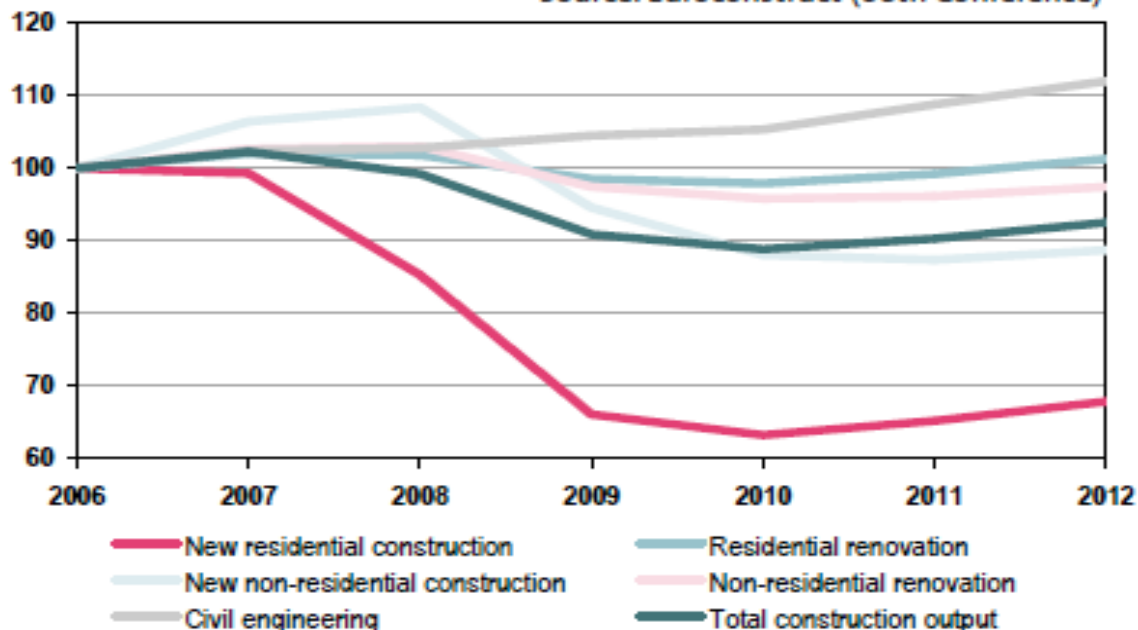
Leider sind diese Anzeichen von Besserung kein Grund um euphorisch zu werden. Die Arbeitslosigkeit in Europa steigt immer noch an. Allein in der Europäischen Union wurden im Oktober 22.5 Millionen Arbeitslose gezählt. Das sind fast 10 Prozent der Erwerbstätigen. Auf dem Arbeitsmarkt ist auch keine Entwarnung angezeigt: Die für das nächste Jahr prognostizierte leichte Erholung der europäischen Wirtschaft wird nicht ausreichen, um die Zahl der Arbeitslosen wesentlich zu senken. Die globale Krise scheint sich je länger je mehr auf eine Krise der Arbeitsmärkte und der Beschäftigung zu fokussieren, mit all den uns bekannten Folgen für die Betroffenen aber auch bezüglich des Drucks auf Arbeitsbedingungen und Lohnentwicklung.

## Bauwirtschaft im Tief

Auch die europäische Bau- und Holzwirtschaft ist dieses Jahr von der Weltwirtschaftskrise heftig getroffen worden und macht die grösste Krise seit dem zweiten Weltkrieg durch. Schuld daran ist insbesondere der Einbruch beim Wohnungsbau:

## Development of the Construction Output in the Euroconstruct Area by Sectors (Index 2006 = 100)

Source: Euroconstruct (68th Conference)



Der Neubau von Wohnungen verzeichnete in Europa einen Einbruch um nahezu 40 Prozent. Deutlich zurückgegangen ist auch der Büro- und Industriebau, während der Erneuerungsbau relativ stabil blieb und der Tiefbau sogar zulegte. Letzteres ist vor allem auf die konjunkturpolitischen Massnahmen zurückzuführen, welche den öffentlichen Tiefbau ankurbelten. Insgesamt ist die Bautätigkeit in Europa bisher um über 11 Prozent zurückgegangen. Euroconstruct rechnet für 2010 nochmals mit einem Rückgang von über 2 Prozent.<sup>1</sup>

Die Krise hat aber überhaupt nicht alle Länder gleich erfasst sondern die Bau-Rezession weist grosse Unterschiede auf. Dabei sind vor allem zwei Ländergruppen zu unterscheiden:

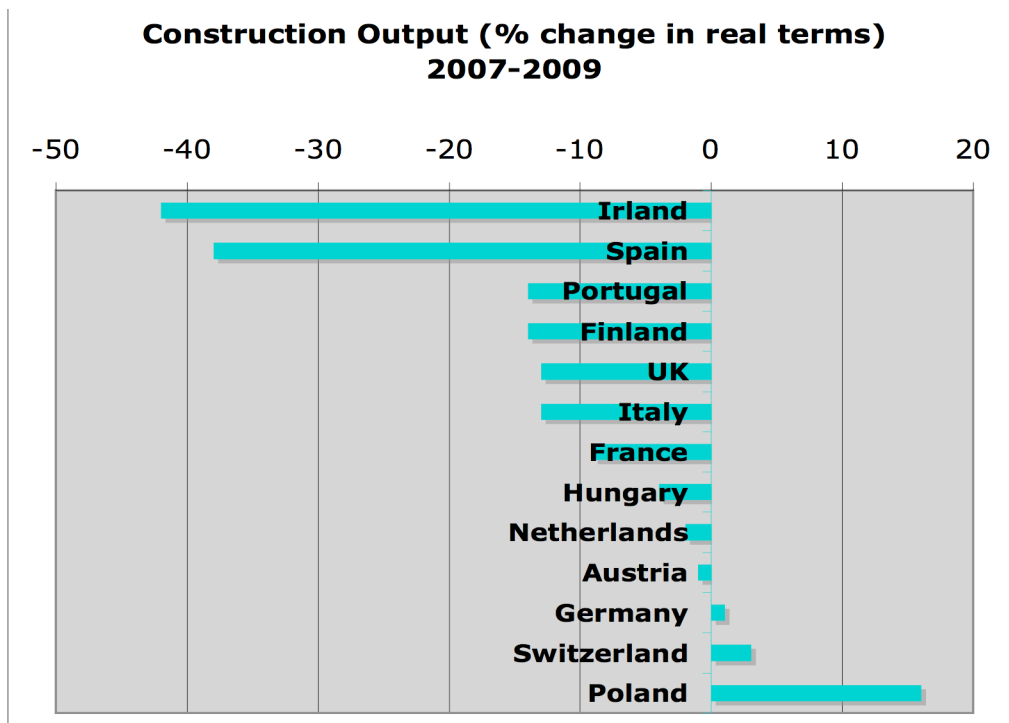
- Zunächst und sehr heftig wurde die Bauwirtschaft jener Länder durch die Krise erfasst, die bis 2007 eine Immobilien- und Spekulationsblase aufwiesen, gepaart mit einer grossen Verschuldung der privaten Haushalte. In diesen Ländern, vor allem in Irland, Grossbritannien, Spanien und Portugal, aber auch in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern wie Ungarn oder Rumänien, geht die Bautätigkeit seit vielen Monaten dramatisch zurück, und es ist noch kein Ende der Krise abzusehen. Euroconstruct rechnet z.B. für Irland bis 2010 mit einem Rückgang von 60 (!) Prozent der Bautätigkeit, verglichen mit den Zahlen von 2007. Für Spanien mit fast 50 Prozent und für Portugal mit 24 Prozent.<sup>2</sup>
- Eine zweite Gruppe von Ländern kannte 2007 keine Immobilien- und Spekulationsblase oder mindestens nicht im selben Ausmass wie in den USA, Irland oder Spanien. Es wurde zunächst ausschliesslich der Finanzsektor erfasst, dann in einer zweiten Welle die Exportindustrie und schliesslich auch der Binnenmarkt mit dem Bau- und Holzgewerbe. In diesen Ländern geht die Bautätigkeit deshalb langsamer zurück, und zwar als Resultat der allgemeinen Wirtschaftskrise und der damit zusammenhängenden Investitionskürzungen. Einige wenige Länder wie Deutschland, Österreich, Schweden oder die Schweiz rechnen bis 2010 sogar nur mit einer Stagnation oder einer wenig rückläufigen Bautätigkeit. In Polen erwartet man sogar eine deutliche Zunahme.

Das untenstehende Diagramm zeigt die Veränderung in der realen Bautätigkeit von 2007 bis 2009 und die grossen Unterschiede in den einzelnen Ländern. Ganz verschieden sind auch die Aussichten für 2010. Einige Länder, wie z.B. die Niederlande oder Portugal haben den Tiefpunkt ihrer Bautätigkeit noch gar nicht erreicht und müssen demzufolge 2010 mit einer weiteren, starken Abnahme rechnen. Auch in den beiden am meisten betroffenen Ländern, Spanien und Portugal, wird der Niedergang auch nächstes Jahr noch weitergehen und frühestens 2011 zum Stillstand kommen. In einer weiteren Gruppe von Ländern, wie Grossbritannien, Frankreich, Ungarn, Slowakei und Dänemark dürfte sich die Situation nächstes Jahr schneller bessern. Im Saldo ergibt dies für Europa jedoch auch nächstes Jahr nochmals einen Rückgang der Bautätigkeit.

---

<sup>1</sup> 68th Euroconstruct Conference 2009, Summary Report

<sup>2</sup> Euroconstruct, 2009



Source: Euroconstruct 2009

### **Beschäftigung rückläufig: 1 – 2 Millionen Arbeitsplätze vernichtet**

Der Bau- und Holzsektor beschäftigt hat in Europa bis vor kurzem über 17 Millionen Menschen beschäftigt und besitzt einen zentralen Stellenwert. Der rasante Rückgang der Bautätigkeit hat sich in vielen Ländern verheerend auf die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt ausgewirkt. In den Ländern der Europäischen Union ist die Beschäftigung im Baugewerbe von Mitte 2007 bis Mitte 2009 um rund 7 Prozent zurückgegangen. D.h., dass bereits über eine Million Arbeitsplätze vernichtet wurden.

Analog zur Entwicklung der Bautätigkeit war auch der Arbeitsplatzabbau in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich, wenn auch die zeitliche Verzögerung des Arbeitsplatzabbaus zu gewissen Unterschieden führt. Sehr früh und sehr stark waren Irland und Spanien betroffen. In beiden Ländern hat dies fatale Auswirkungen auf den gesamten Arbeitsmarkt. Von rund einer Million Arbeitsplätzen, die im europäischen Baugewerbe abgebaut wurden, fallen über 700'000 allein auf Spanien!

Auch bei der Beschäftigung fällt auf, dass es trotz Krise einige Länder gibt, die kaum betroffen waren oder, wie Polen und die Slowakei, sogar deutliche Beschäftigungsgewinne verbuchen konnten. Polen und die Slowakei sind aber nicht repräsentativ für alle Mittel- und Osteuropäischen Staaten. Das Baugewerbe von Litauen ist ähnlich eingebrochen wie dasjenige in Spanien und Irland, mit all den sozialen Folgen in einem Land, das ohnehin noch ein relativ tiefes Einkommensniveau aufweist. Auch in Ungarn sind die Beschäftigungszahlen stark rückläufig.



Source: Eurostat

Der Arbeitsplatzrückgang in den am meisten betroffenen Ländern hat sich auch sehr schnell auf die Arbeitsbedingungen ausgewirkt, die stark unter Druck gekommen sind. Dies verdeutlicht die Entwicklung der Bruttolöhne, die eine starke Korrelation zu der Beschäftigungsentwicklung aufweisen. In Irland, Spanien und Litauen sind die Löhne innert zwei Jahren um 15 bis 25 Prozent gesunken.

Da der Arbeitsplatzabbau mit einer gewissen Verzögerung gegenüber dem Rückgang der Bautätigkeit erfolgt, muss auch noch für nächstes Jahr in den meisten Ländern mit einem deutlichen Beschäftigungsabbau im Bau- und Holzgewerbe gerechnet werden. Bis Ende 2010 dürften in Europa in diesen Sektoren über zwei Millionen Arbeitsplätze vernichtet werden. Die Höhe dieser Zahl ist auch weitgehend davon abhängig, wie gut die Konjunkturprogramme und die beschäftigungspolitischen Massnahmen in den verschiedenen Ländern sind und umgesetzt werden.

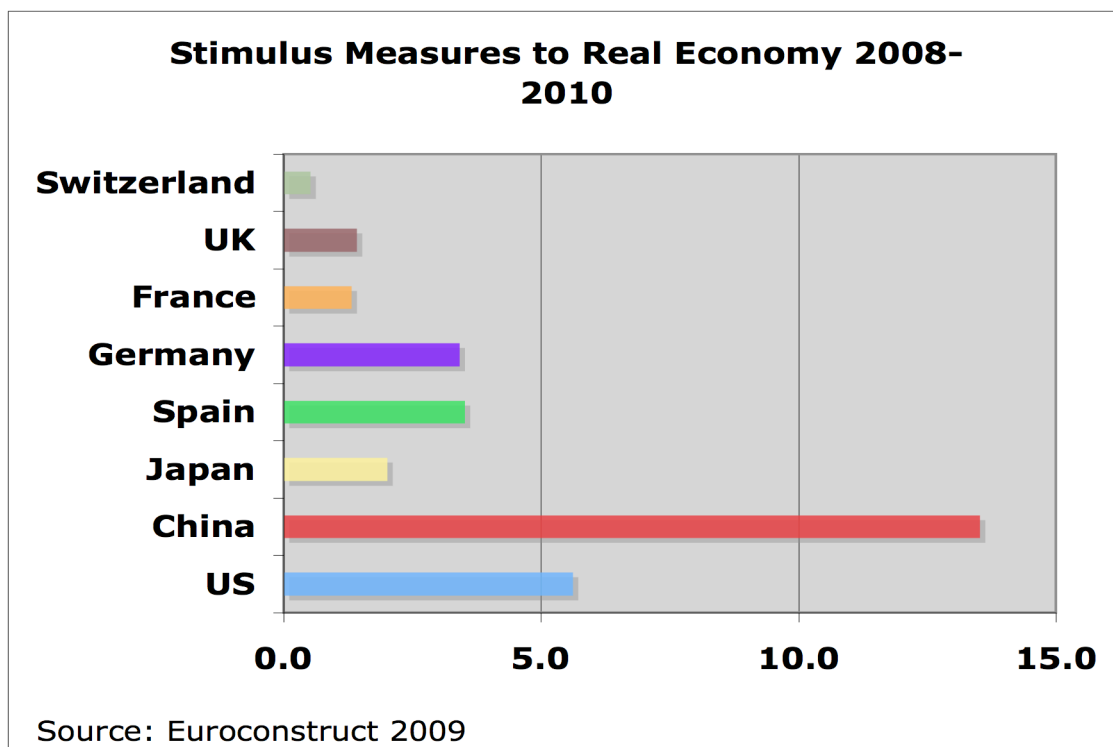
Auf dem Höhepunkt der Krise Ende 2008 war der Ruf nach dem Staat stark. Alle waren plötzlich „Sozialisten“ oder mindestens Keynesianer. Auch die, welche jegliches Eingreifen des Staates in die Wirtschaft während Jahrzehnten verdammt haben. Neben der massiven Hilfe zur Rettung der Finanzinstitute wurden zahlreiche Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme aufgelegt und strikte Regulierungen gefordert. Angesichts der ersten Anzeichen der Erholung und der ansteigenden Budgetdefizite beginnen jetzt Politiker zurückzubuchstabieren und möchten bereits wieder zum „business as usual“ übergehen.

Aus Arbeitnehmersicht ist es aber dringend nötig, die konjunktur- und beschäftigungspolitischen Massnahmen zugunsten des Bau- und Holzsektors fortzusetzen und mit Anschlussprogrammen zu versehen.

## Konjunkturprogramme weiter nötig

Kern jedes Konjunkturprogramms sind öffentliche Investitionen bzw. Investitionen in öffentliche Infrastruktur und in öffentliche Dienstleistungen. Das Vorziehen von öffentlichen Bauinvestitionen und die Stimulierung privater Bauvorhaben spielen dabei eine zentrale Rolle. Investitionsprogramme bewirken nicht nur eine Stabilisierung der Beschäftigung im Bau- und Holzgewerbe. Sie beinhalten auch einen Multiplikatoreffekt, so dass auch schnell alle anderen Sektoren der Wirtschaft, wie die Metallindustrie, die Chemieindustrie und der Dienstleistungssektor, stimuliert werden. Verschiedene Studien kommen zum Schluss, dass ein Arbeitsplatz, der im Bausektor geschaffen oder gesichert wird, rund eineinhalb weitere Arbeitsplätze in anderen Wirtschaftszweigen sichert.<sup>3</sup>

Die Bau- und Holzwirtschaft profitiert zurzeit zweifellos von solchen Konjunkturpaketen, das sieht man an der günstigen Entwicklung der Tiefbauinvestitionen in einigen Ländern. Die Tiefe der Krise in vielen Ländern zeigt jedoch, dass diese oft halbherzig bzw. falsch angelegt waren oder ihre Wirkung noch nicht entfaltet haben. Die meisten der in Europa beschlossenen Konjunktur- und Ankurbelungsprogramme waren – inhaltlich wie vom Volumen her - ungenügend. Die Höhe der dafür in Europa beschlossenen Ausgaben hinkt weit hinter den Programmen in den USA und in China hinterher. Während die USA rund 6 Prozent und China rund 14 Prozent des BIP für solche Programme aufwenden, sind es in Europa im Durchschnitt der EU-Länder für 2009 nur rund ein 1 Prozent.<sup>4</sup>



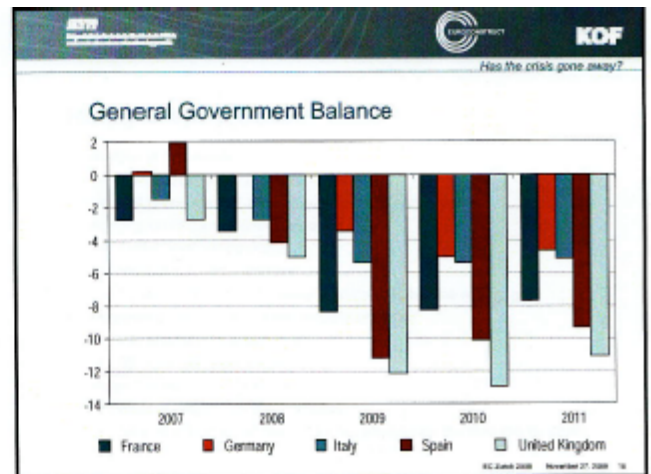
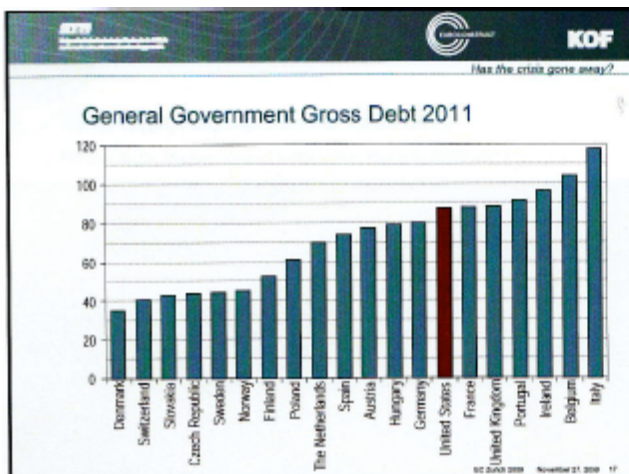
Zudem ist der Inhalt dieser Konjunkturprogramme meist ungenügend, ist doch nur ein kleinerer Teil für öffentliche Investitionen wie Infrastrukturvorhaben oder öffentliche Bauten vorgesehen. Von Mitteln zugunsten eines ökologischen Umbaus ganz zu schweigen. Im von der

<sup>3</sup> EFBH-Erklärung „Die Wirtschaftskrise und die Folgen für die europäische Bauwirtschaft, Positive Massnahmen und Anliegen der EFBH“. Brüssel 11. Mai 2009

<sup>4</sup> Andrew Watt: „A quantum of solace?“ ETUC working paper 2009-05.

Baukrise mit am meisten betroffenen Spanien sind z.B. nur 20 Prozent des Konjunkturprogramms für Infrastrukturausgaben vorgesehen, in Grossbritannien nur 13 Prozent, in Deutschland gar nur 5 Prozent.<sup>5</sup> Grosse Mittel werden in Europa für Steuersenkungen verwendet, deren Konjunktur fördernde Wirkung zumindest sehr umstritten ist (wenn es denn überhaupt derartige Wirkungen gibt).

Angesichts der anhaltenden und sich noch verschärfenden Beschäftigungskrise und der immer noch zunehmenden Arbeitslosigkeit warnen jetzt zahlreiche Ökonomen davor, die Ankurbelungsmassnahmen vorzeitig abubrechen. Einzelne Länder scheuen sich davor, Konjunkturprogramme fortzusetzen oder sie legen gar Sparprogramme auf, um die staatlichen Ausgaben einzuschränken. Tatsächlich wird die Verschuldung in den meisten europäischen Ländern und den USA in den nächsten Jahren markant ansteigen, bis 2011 in Belgien und Italien z.B. bis über 100 Prozent des BIP und muss längerfristig wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.



Eine Kürzung der staatlichen Infrastrukturvorhaben wäre im jetzigen Zeitpunkt jedoch fatal und könnte die ersten Anzeichen einer Erholung sofort wieder zunichte machen. Auch für eine Kürzung der Ausgaben im Bereich Arbeitsmarkt, Arbeitslosengelder und Sozialhilfe ist jetzt oder auch im nächsten Jahr der denkbar schlechteste Augenblick. Dies nicht nur angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der damit zusammenhängenden sozialen Probleme sondern auch angesichts der Tatsache, dass es den Konsum der privaten Haushalte jetzt braucht, um die Konjunktur zu stützen.

### Ein Beschäftigungsplan für die europäische Bauwirtschaft

Die Bau- und Holzgewerkschaften liegen deshalb richtig, wenn sie auch für 2010 von den Regierungen Massnahmen gegen die Krise fordern, welche folgende Inhalte haben sollten:

#### Investitionen in „grüne“ und „soziale“ Infrastruktur

Wichtig sind nach wie vor öffentliche Förderprogramme für Investitionen in Energie- und CO<sub>2</sub>-sparende Gebäude und Technologien, inkl. eines europaweiten Programms zur Förderung der klimaneutralen Nutzung von Holz als Baustoff und zur Energiegewinnung. Zu einem solchen „Green New Deal“ gehören auch Qualifizierungsprogramme für die Beschäftigten des Bau- und Holzgewerbes, um diese zu befähigen mit neuen Klima schonenden Technologien und Baustoffen umzugehen.

<sup>5</sup> Euroconstruct 2009

Nötig ist auch ein Vorziehen sinnvoller Projekte der baulichen und sozialen Infrastruktur, wie z.B. im öffentlichen Verkehr, im Bildungs- und Gesundheitssystem, in der Kinderbetreuung, in Sportstätten usw. Derartige Projekte zeichnen sich durch einen nachhaltigen Mehrwert für Wirtschaft und Gesellschaft aus.

In Regionen mit akuter Wohnungsnot soll der staatliche oder - wie in verschiedenen Ländern möglich - gemeinnützige, soziale Wohnungsbau gefördert werden. Auch private Investoren, die noch zu bestimmende ökologische und soziale Vorgaben erfüllen, sollen in den Genuss von Vergünstigungen kommen. Das Gleiche gilt für die Sanierung bestehender, öffentlicher, gemeinnütziger oder privater Wohnungen.

### **Stabilisierung des Kredit- und Baumarktes**

Die Baukrise in Europa wurde nicht nur durch den Zusammenbruch des Finanzmarktes in den USA ausgelöst, sondern war zu einem grossen Teil eine eigene, hausgemachte, „klassische“ Überproduktions- und Spekulationskrise auf dem Häusermarkt.

Für die Bauwirtschaft ist es deshalb äusserst wichtig, dass die Finanzmärkte in einer Weise reguliert werden, dass das Kreditwesen weiterhin funktioniert aber gleichzeitig eine dauerhafte und verbreitete Nettoverschuldung von privaten Haushalten mit tiefen und mittleren Einkommen und somit eine erneute Spekulationsblase in der Zukunft verhindert wird.

Ein minimaler Selbstfinanzierungssatz für Haus- und Wohnungsbesitzer muss festgelegt werden ebenso wie eine höhere Eigenkapitalbasis für die Banken. So kann verhindert werden, dass Liegenschaften 100-prozentig oder mehr belehnt werden. Zudem braucht es eine vollständige Transparenz und Kontrolle bei strukturierten Finanzprodukten und ein Verbot der mehrfachen Verbriefung von Hypothekarschuldscheinen hin zu anonymisierten, risikoreichen Finanzprodukten.

Der Zugang von Privatpersonen und kleinen und mittleren Unternehmen zu Krediten muss jedoch auch in Zukunft garantiert werden. Dies bedingt eine Neuorientierung der nationalen und internationalen Finanzmärkte, damit wieder vermehrt Mittel in produktive Investitionen umgeleitet und nicht wie in der Vergangenheit für die Erzielung kurzfristiger, spekulativer Gewinne eingesetzt werden. Hierzu gehört ein breites Spektrum von Instrumentarien, vom Verbot von kurzfristigen Anreizsystemen für Manager bis zu einer neuen internationalen Finanzarchitektur und einer Tobin-Steuer.<sup>6</sup> So sollen vermehrt wieder Mittel aus Pensionskassen oder staatlichen Fonds für produktive Investitionen in der Region verwendet werden.

Private Equity Firmen und Hedge Funds sollen verboten oder zumindest einer strengen Aufsicht unterstellt werden, um spekulative Firmenübernahmen und Firmenveräusserungen zu verhindern. Bei Fusionen, Betriebsübernahmen und finanziellen Beteiligungen muss nicht nur die rechtzeitige Information und Konsultation sondern auch eine gewisse Mitbestimmung (Vetorecht) der Arbeitnehmer und Gewerkschaften gesichert sein, Ausserdem soll in diesen Fällen eine (Spekulations-) Steuer erhoben werden. In der EU müssen die entsprechenden Richtlinien revidiert werden.

### **Soziale Absicherung und Umverteilung**

Der Krise vorausgegangen ist eine massive Umverteilung von unten nach oben und von den Löhnen hin zu den Gewinnen und Vermögensbesitzern. Diese Tendenz muss endlich wieder

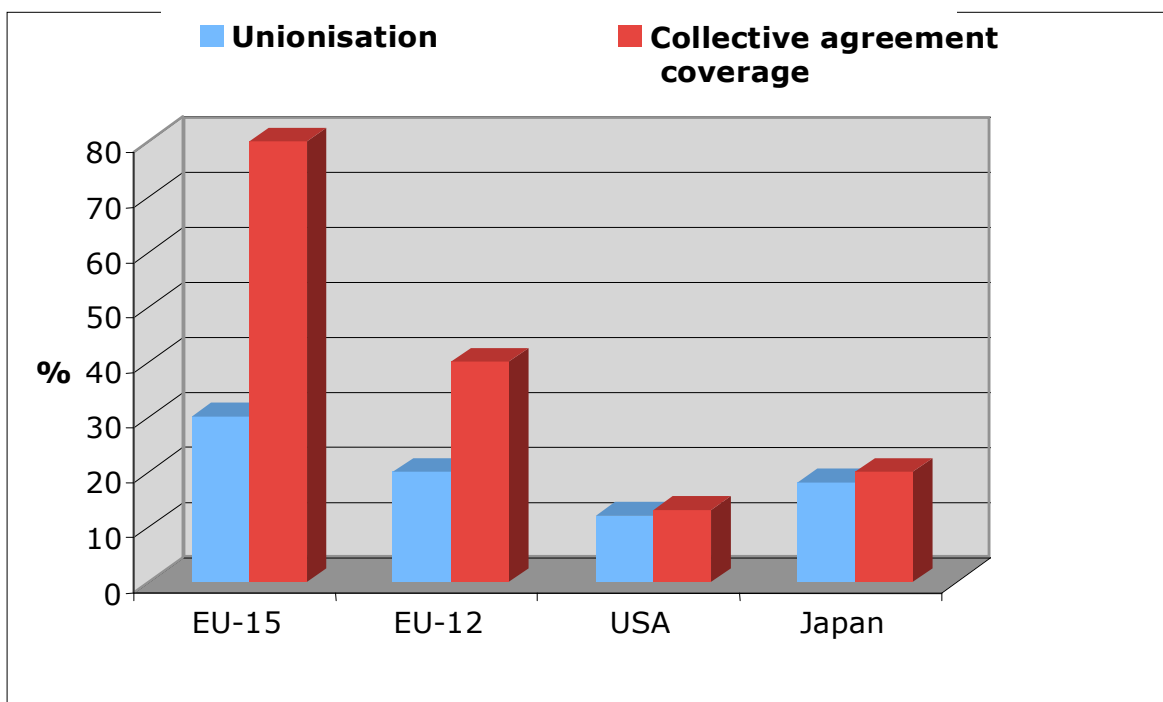
---

<sup>6</sup> Siehe hierzu vor allem die Empfehlungen der Stiglitz-Kommission der UNO vom März 2009, die weiter gehen als die Beschlüsse der G-20.

umgekehrt werden. Das wichtigste Instrument für die Gewerkschaften, um eine gerechtere Verteilung des Volkeinkommens zu erreichen, sind die Kollektivverträge. Sie müssen verteidigt und ausgebaut werden.

Die in vielen Ländern Europas bestehenden Kollektivverträge in der Bau- und Holzwirtschaft sind zusammen mit den Sozialversicherungssystemen ein grosser Standortvorteil, der Europa auch von den anderen Wirtschaftszentren wie den USA, China und Japan abhebt. Diese Schutzsysteme bestehen noch, wurden in der Vergangenheit aber teilweise ausgehöhlt, indem ganze Arbeitnehmergruppen, wie Scheinselbständige, Leiharbeiter oder Zeitarbeiter aus den Kollektivverträgen herausgebrochen wurden. Zudem gibt es auch in Europa Länder, wie Grossbritannien oder einige mittel- und osteuropäische Staaten, in denen die kollektivvertragliche Abdeckung schwach ist.

### Unionisation and Collective Agreement Coverage



Source: OECD, ETUI-RHES

Eine weitere Gefahr für den tarifvertraglichen Schutz stellt die Tendenz des Europäischen Gerichtshofs und der EU-Kommission dar, die Richtlinie für die Entsendung von Arbeitnehmern auszuhöhlen und so dem Lohn- und Sozialdumping Tür und Tor zu öffnen. Aus dem mobilen Charakter der Bauarbeit ergibt sich mehr als in der Holz- und Forstwirtschaft eine Tendenz zur prekären Arbeit. Dies wird sich in der Krise mit zunehmender Arbeitslosigkeit verschärfen. In einer solchen Situation besteht auch eine grosse Gefahr, in Protektionismus oder gar Xenophobie zu verfallen.

Die Gewerkschaften müssen deshalb alles daran setzen, die Tradition und Schutzfunktion von Kollektivverträgen und die sozialpartnerschaftlichen Sozialeinrichtungen zu erhalten und auszubauen, wo diese noch ungenügend sind. Zwischen den europäischen Gewerkschaften sind der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit auszubauen. Dies soll mittelfristig zu gemeinsamen kollektivvertraglichen Forderungen und gemeinsamen Strategien zur Durchsetzung führen. Insbesondere die Systeme von Mindestlöhnen sind auszubauen, um



eine Abwärtsspirale bei den Löhnen zu verhindern und die Kaufkraft zu erhalten. Die Gewerkschaften Europas müssen sich auf eine gemeinsame Strategie für den Rahmen und zur Durchsetzung von Mindestlöhnen einigen. Das Ausmass prekärer Arbeit ist einzudämmen, Arbeitnehmergruppen wie Leiharbeiter, temporär Beschäftigte und Scheinselbständige sind in die Kollektivverträge und das soziale Netz zu integrieren.

Die hohe Anzahl von Migranten in der Bau- und Holzwirtschaft, auch diejenigen von ausserhalb der EU, sind in die sozialen Systeme zu integrieren. BHI und EFBH müssen gemeinsam mit dem EGB dem Prinzip „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“ zum Durchbruch verhelfen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die EU-Entsenderichtlinie, die nicht im Namen der Dienstleistungsfreiheit ausgehöhlt, sondern gemäss den Vorschlägen der Gewerkschaften revidiert werden soll. Bei öffentlichen Beschaffungen müssen Sozialklauseln verbindlich und die Einhaltung der jeweils geltenden Kollektivverträge und der entsprechenden ILO-Konventionen garantiert sein.

Zudem muss das vor allem in der Bauwirtschaft immer noch verbreitete „Hire and fire“ – Prinzip eingeschränkt werden. Dies einerseits mit einem System von Kurzarbeit in Falle von konjunkturellen Schwankungen, in Ländern, wo dies nicht möglich ist. Für Arbeitnehmende mit Kurzarbeit oder Schlechtwetterausfällen sind Weiterbildungsprogramme anzubieten. Bei Massenentlassungen und Betriebsschliessungen ist in Ländern, wo es das noch nicht gibt, mindestens die Pflicht zur Konsultation von Arbeitnehmerververtretungen und Gewerkschaften sowie zum Abschluss eines Sozialplanes einzuführen.

Für die europäischen Bau- und Holzgewerkschaften stellt die aktuelle Krise eine grosse Herausforderung dar. Ein Teil der Forderungen des Beschäftigungsplans ist auch im Sinne der Arbeitgeber und kann gemeinsam mit den Sozialpartnern vertreten werden. Einige Vorschläge, wie z.B. jene der Qualifizierungsoffensive oder der sozialen Absicherung durch Kurzarbeit, können je nach Land innerhalb der gemeinsamen Sozialinstitutionen weiterverfolgt werden. Für andere Forderungen muss die Zusammenarbeit mit weiteren politischen Kräften, NGO's oder internationalen Organisationen gesucht werden.

Für die Durchsetzung eines solchen längerfristigen Beschäftigungsplans genügen Appelle an Regierungen, EU-Kommission und Arbeitgeber in der Regel nicht. Es braucht eine gemeinsame und starke Initiative der Gewerkschaften in Europa, innerhalb der EU und über die EU hinaus, sowie eine breite Mobilisierung, um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen und nachhaltig bessere und sichere Arbeitsplätze in der europäischen Bauwirtschaft zu schaffen.